

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Unverzügliche und umfassende Aufklärung der Umstände des Großeinsatzes der Polizei vom 8./10. Oktober 2016 und des Suizids des dabei Festgenommenen in der JVA Leipzig – parlamentarische Kontrolle wahrnehmen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

den Landtag zur Gewährleistung der Ausübung seines parlamentarischen Kontrollrechts unverzüglich und zusammenhängend über die konkreten Umstände des Großeinsatzes der Polizei im Zeitraum vom 8. bis 10. Oktober 2016 und des Suizids des nach dem Großeinsatz am 10. Oktober 2016 festgenommenen Hauptverdächtigen syrischen Staatsbürgers Dschabar al-Bakr in der JVA Leipzig zu unterrichten und dabei insbesondere:

1. dem Landtag umfassend über Anlass, Vorbereitung, Umstände, Leitungsverantwortung und konkretes Handeln der sächsischen Polizei-, Justiz- und sonstigen zuständigen Behörden sowie über deren Zusammenwirken und den Informationsaustausch mit den handelnden Behörden des Bundes im Vorfeld sowie im Zusammenhang mit dem am 8. Oktober 2016 in Chemnitz begonnenen und mit der Festnahme des hauptverdächtigen syrischen Staatsbürgers Dschabar al-Bakr in Leipzig am 10. Oktober 2016 beendeten komplexen Großeinsatzes der Polizei zur Abwehr eines mutmaßlich geplanten Sprengstoffanschlages zu berichten.
2. dem Landtag ausführlich die Ursachen und Umstände der Selbsttötung des am 10. Oktober 2016 in Untersuchungshaft genommenen Hauptverdächtigen al-Bakr am 12. Oktober 2016 in der JVA Leipzig darzulegen, darin eingeschlossen die Informationen über die vom Hauptverdächtigen al-Bakr seit seiner Festnahme gemachten Angaben und Einlassungen zum Tatvorwurf sowie den Landtag darüber zu unterrichten, welche Festlegungen zum Vollzug der Untersuchungshaft des Festgenommenen al-Bakr getroffen wurden.

Dresden, den 13. Oktober 2016



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Mit und nach der am 10. Oktober 2016 erfolgten Festnahme des eines mutmaßlich geplanten Sprengstoffanschlages hauptverdächtigen syrischen Staatsbürgers Dschabar al-Bakr nach einem bereits am 8. Oktober 2016 begonnenen Großeinsatz der Polizei und anderer Behörden des Freistaates Sachsen und des Bundes stehen nach Medienberichterstattungen und Experten-Verlautbarungen zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit diesem Einsatz nach wie vor unbeantwortet im Raum, insbesondere auch nachdem bekannt wurde, dass der Festgenommene bereits seit langem durch Behörden des Bundes beobachtet wird.

Nachdem sich der nach dem Großeinsatz festgenommene Hauptverdächtige al-Bakr nach seiner Unterbringung in der JVA Leipzig nach den heute vorliegenden Presseinformationen am Abend des 12. Oktobers 2016 das Leben genommen hat, besteht darüber ein dringender Aufklärungsbedarf für den Landtag und die Öffentlichkeit zu den Umständen und Verantwortlichkeiten, die zu diesem Suizid geführt oder diesen ermöglicht haben sowie insbesondere auch zu den vom Hauptverdächtige al-Bakr seit seiner Festnahme gegebenen Informationen und dessen Einlassungen zu Hintergründen und weiteren Beteiligten des mutmaßlich geplanten Sprengstoffanschlages.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE steht der Landtag daher in der unmittelbaren politischen Verantwortung, sich im Rahmen seines parlamentarischen Kontrollrechtes durch die Staatsregierung unverzüglich und umfassend über Vorgeschichte, Hintergründe, konkreten Umstände und das Handeln der zu einer Vielzahl beteiligten Behörden und Stellen des Freistaates Sachsens und des Bundes im Zusammenhang mit diesem für Sachsen einmaligen komplexen Großeinsatz zur Abwehr eines mutmaßlich geplanten Sprengstoffanschlages sowie über die Ursachen und Umstände, die zur Selbsttötung des festgenommenen hauptverdächtigen al-Bakr in der JVA Leipzig führten bzw. diese ermöglichten, unterrichten zu lassen.

Nur auf der Grundlage einer solchen ausführlichen Berichterstattung werden die Mitglieder des Landtages in die Lage versetzt, die im Verantwortungsbereich des sächsischen Parlaments liegenden notwendigen Schlussfolgerungen aus diesen Ereignissen zu ziehen.